



Die Schweiz vom Kopf auf die Füße stellen

»Ich wusste jederzeit, dass ich amerikanische Gesetze breche, wenn ich US-Bürgern praktisch die Gelegenheit zur Steuerhinterziehung auf dem Silbertablett präsentiere. Jeder hat das gewusst, meine Vorgesetzten, meine Kollegen. Ich sagte mir jedoch, ich bin Schweizer, ich komme aus einer anderen Kultur, und wir Schweizer haben immer vom Reichtum der andern gelebt.«

Aussage eines UBS-Bankers, Das Magazin 18/09

Die Schweiz muss vom finanzialisierten Wasserkopf auf nutzenorientierte Füße gestellt werden. Gelingt das nicht, gerät die Kohärenz dieses Landes über kurz oder lang ins Wanken. Das Bürgertum ist aber zu sehr in seinen bornierten Interessen verfangen, als dass es eine solche Wende in Angriff nehmen könnte. Wie steht es mit der Linken und den Grünen?

Ein ignorantes Grossbürgertum

Blenden wir 25 Jahre zurück: Innerhalb von wenigen Monaten findet damals in der Schweiz ein Umschwung statt, in dessen Verlauf die Umweltthematik ins Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen rückt. Den Hintergrund bilden die Katastrophen in den Atommeilern von Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986), die dramatischen Chemieunfälle im indischen Bophal (1984) und die Beinahe-Katastrophe in Schweizerhalle (1986). Der eigentliche Auslöser sind jedoch die sichtbaren Folgen des Waldsterbens (1984 erscheint in Deutschland der erste Waldschadensbericht). Gelten die Umweltbewegungen dem bürgerlichen Mainstream noch anfangs der 1980er-Jahre als sektiererisch, rückwärtsgewandt oder kommunistisch unterwandert, werden nun Umweltthemen auf die vordersten Plätze der politischen Agenda gehievt. Die Natur, so erweist sich, ist verletztlich geworden. Die Schweiz wird von einer eigentlichen Aufbruchsstimmung erfasst. Verschiedenste Milieus lassen sich von einem neuen Pioniergeist anstecken. Gewerkschaften entwickeln ökologische Umbauprogramme. Der öffentliche Verkehr und das Fahrrad werden zum Hoffnungsträger für eine nachhaltige Mo-

bilität. Energiesparen, Abfalltrennung, Bio-Lebensmittel – in sämtlichen Lebensbereichen beginnt ein neuer Wind zu wehen. In kür-

Beat Ringer

ist Zentralsekretär des vpod und geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes.

zester Zeit werden wirksame Verbote und Gebote durchgesetzt – etwa der Einbau von Katalysatoren in neue Autos oder die vollständige Entschwefelung des Heizöls und das Verbot von Fluorkohlenwasserstoffen als Treibmittel von Spraydosen.

Kaum ein anderes Land wird so intensiv von diesem umweltpolitischen Schwung erfasst wie die Schweiz. Rasch wird klar, dass sich hier auch ein wichtiges wirtschaftspolitisches Potenzial auftut. IngenieurInnen entwickeln revolutionäre Fahrzeuge (z.B. das Twike) oder erfinden neue Technologien zur Herstellung von Solarzellen (Paul-Schärer-Institut), UmweltaktivistInnen bauen Autoteilet-Organisationen auf, Biobauern entwickeln Methoden einer Natur schonenden Landwirtschaft, grüne Zirkel kreieren Bio- und Ökolabels und bauen entsprechende Vertriebsorganisationen auf. Und so weiter.

15 Jahre später wird dieser Aufbruch zu Grabe getragen. Trotz der Erfolge des Katalysators und anderer Produktvorschriften gelingt es dem bürgerlichen Mainstream, Vorschriften und Gebote als antiliberal zu diskreditieren. Die Umweltdiskussion wird zu einer Auseinandersetzung über die Verantwortung der KonsumentInnen umgebogen und in moralinsauren Debatten ertränkt. Als ›mehrheitsfähige Mittel‹ der Umweltpolitik bleiben schliesslich einzig ›marktkonforme Lenkungsmechanismen‹ übrig, mit denen die Umweltkosten so genannt ›internalisiert‹ werden sollten. Doch auch dieser letzte Ansatz wird schliesslich abserviert, als am 27.9.2000 eine Mehrheit der Stimmenden drei energiepolitische Vorlagen ablehnt, von denen zwei auf Betreiben bürgerlicher Kreise entwickelt worden sind. Die beiden Vorhaben zielten auf eine marktkonforme Energiepolitik mittels Förder- und Lenkungsabgaben und waren als direkter Gegenvorschlag zur Solarinitiative konzipiert (die ebenfalls eine Förderabgabe für die Förderung der Solartechnologie vorsah). Der Unternehmerdachverband Economiesuisse hat jedoch vor dem Abstimmungstermin beschlossen, mit hohem Einsatz die Vorlagen zu Fall zu bringen. Der Verband investiert den damals einmalig hohen Betrag von rund 12 Millionen Franken in eine Abstimmungskampagne, die alle drei Vorlagen als Angriff aufs Portemonnaie der SteuerzahlerInnen diskreditiert. Unter dem Druck des Unternehmerverbandes schwenkt die Freisinnige Partei auf den dreifachen Nein-Kurs ein, nachdem sie im Parlament noch massgebend an der Ausarbeitung der Gegenvorlagen beteiligt gewesen ist.

In einem internen Strategiepapier hat Economiesuisse ihr fundamentalistisches Nein unter anderem damit begründet, man wolle die »marktbeherrschende« Vorherrschaft der Umwelt-NGO und der Bundesverwaltung durchbrechen und »in der Umweltpolitik wieder Hand-



lungsfreiheit gewinnen sowie die unternehmerische Eigenverantwortung stärken« (Tages-Anzeiger, 21.8.2000). Mit anderen Worten: Den massgebenden Kreisen des Schweizer Bürgertums reichte es nicht aus, grosse Teile der Umweltbewegung auf Marktkonzepte zu fixieren. Sie zogen es vor, alles abzuweisen, was auch nur im entferntesten als Erfolg einer engagierten Umweltpolitik hätte gelten können. Ein stärker ausgeprägtes Herrschaftsgebaren lässt sich nur noch schwer vorstellen.

Für unsere Betrachtung sind diese Ereignisse aufschlussreich, weil sie ein Licht auf die Charakteristiken des schweizerischen Grossbürgertums werfen. In vielen andern Ländern wurden in den 1990er-Jahren umweltorientierte Technologien und Konzepte auch von bürgerlicher Seite mit entsprechender staatlicher Unterstützung namhaft gefördert, und zwar gerade auch im Sinne einer kapitalistischen Entwicklungsperspektive. Das Schweizer Bürgertum versteifte sich hingegen auf eine bornierte Herr-im-Haus-Politik – und verweigerte dabei nicht nur die umweltpolitisch dringend nötigen Weichenstellungen, sondern opferte auch ein beträchtliches wirtschaftliches Potenzial. In dieser Zeit hätte auch bürgerlichen Führungsfiguren klar sein müssen, dass nachhaltige Produkte, Fertigungsverfahren und Konzepte früher oder später zum Mainstream werden würden, und dass dabei eine unüberschaubare Zahl von neuen Entwicklungen (gerade auch hochtechnologische) erforderlich würden, an denen sich gutes Geld verdienen liesse. Eine andere Option hätte deshalb gelaftet, im Bereich der Ökologie eine industrie- und wirtschaftspolitische Führungsrolle der Schweiz anzustreben. Unser Land hätte sich für die Rolle eines Pionierlandes nicht nur dank der gut verankerten Umweltbewegung bestens geeignet. Die starke industrielle Tradition der KMU, das weit verbreitete Ingenieurwesen, das fehlende Bleigewicht einer starken Automobilindustrie, das weltweit beste öffentliche Verkehrsnetz und die hohe Verfügbarkeit der Wasserkraft hätten weitere ideale Voraussetzungen für eine solche Rolle geboten (und tun es auch heute noch).

Die Schweiz auf dem Kopf

Herrschende Klassen sind nicht nur abstrakte Akteure einer Gesellschaftsordnung, die stets in der Lage wären, ihre Interessenlage zu optimieren. Sie sind ebenso Produkt und Gefangene ihrer eigenen Geschichte. Dazu gehört zum Beispiel, dass das Schweizer Bürgertum – vielleicht als einziges weltweit – auf eine 200-jährige Dominanz zurückblickt, die von keinen Kriegen und keinen sozialen Revolten durchbrochen worden ist. Entsprechend ausgeprägt ist die Herr-Im-Haus-Haltung. In den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg kann dieses Bürgertum in einzigar-

tiger Weise davon profitieren, dass die Schweizer Industrie inmitten eines zerstörten Europas intakt geblieben ist. Die Bedeutung der Schweizer Konzerne und Banken wächst in der Folge weit über die Dimensionen eines Kleinstaates hinaus. Gemessen an den Investitionen im Ausland wird die Schweiz zum ›imperialistischsten‹ Land der Welt: In den 1970er-Jahren erreicht kein anderes Land eine ähnlich hohe Rate an Auslandsinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung wie die Schweiz (in abgeschwächter Form ist das heute noch der Fall). Die Folge: Das Schweizer Grossbürgertum strebt in die obersten Ligen des Weltbürgertums – kleinere Brötchen zu backen, ist immer weniger sein Ding.

Seit den späten 1970er- und 1980er-Jahren verlagern die Unternehmen die Massenfertigung von industriellen Gütern zunehmend in Billiglohnländer. Gleichzeitig revolutionieren die neuen Technologien (IT, Mikroelektronik) die Produkte und Produktionsverfahren. Beides zusammen führt in den Industrieländern zu einer Erosion der herkömmlichen Industriebetriebe. Ähnlich wie in England, setzt das Schweizer Bürgertum in der Folge verstärkt auf seinen global ausgerichteten Finanzplatz. Auf einen aktiv und gezielt gelenkten industriellen Umbau verzichtet es. Der Zerfall der Uhrenindustrie, die massiven Einbrüche in der Maschinenfertigung und das beinahe vollständige Verschwinden der Rollmaterial- und Lokomotivenfabrikation wird passiv hingenommen. Staatliche Interventionen werden zur Fehlhandlung erklärt: Die Märkte würden in ihrer überlegenen ›Systemintelligenz‹ von selbst herausfinden, wohin die Investitionen am besten zu lenken seien, der Staat hingegen betreibe lediglich unerwünschte Strukturerhaltung. Die starke Ausrichtung auf die Interessen des Finanzplatzes drückt sich in den 1990er-Jahren auch in der Politik der Schweizer Nationalbank aus, die über lange Jahre einen hohen Frankenkurs in Kauf nimmt. Diese Politik ist für den Finanzplatz förderlich, für exportorientierte KMU hingegen eine Plage, weil sich ihre Produkte gegenüber der internationalen Konkurrenz um rund 20 Prozent verteuern. Multinational tätige Konzerne sind von diesem Effekt allerdings weitaus weniger betroffen als Klein- und Mittelbetriebe, denen es nicht möglich ist, die Produktion ins Ausland zu verlagern.

Zum Glück ist die Wirtschaft hierzulande traditionell stark von Nischenprodukten mit hoher Fertigungstiefe geprägt. Auf diesem Nährboden bilden sich Initiativen heraus, die den industriellen Niedergang abfedern. Die Swatch und die neuen Zugskompositionen von Stadler Rail sind die bekanntesten Beispiele. Eine aktive staatliche Wirtschafts- und Industriepolitik wäre deshalb aber keineswegs überflüssig. Sie hätte zum Beispiel darauf abgezielt, den Niedergang der Uhrenindustrie



durch den gezielten Aufbau eines mikromechanischen Clusters aufzufangen. Oder das wachsende Umweltbewusstsein zur Förderung von nachhaltig konzipierten Produkten und Verfahren zu nutzen. Solche Industriepolitiken sind dem Bürgertum keineswegs fremd. Vielmehr gehören sie zum klassischen Repertoire bürgerlicher Politik. Die AKW-Technologie etwa wäre ohne massive staatliche Förderprogramme für Privatkonzerne nie lukrativ geworden. Die staatliche Exportrisikogarantie wiederum war jahrzehntelang ein Liebling der Schweizer Maschinenindustrie. Andere Länder haben noch weitaus grösseren Gebrauch von staatlichen Förder- und Lenkungsprogrammen gemacht. Das bekannteste Beispiel ist Japan, das es ohne ein gigantisches, staatlich unterlegtes Industrialisierungsprogramm nie geschafft hätte, an die Spitze der Industrienationen aufzusteigen.

Im Endeffekt resultierte der relative Niedergang des Schweizer Kapitalismus in den 1990er-Jahren. In diesen Jahren hatte das Schweizer BIP die tiefsten Wachstumsraten sämtlicher OECD-Länder zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde die Diversität der Schweizer Wirtschaft beträchtlich reduziert. Unsere Wirtschaftsstruktur ist heute deshalb mit beträchtlichen Klumpenrisiken behaftet. Die ›Lokomotiven‹ sind der Finanzplatz, die Pharmaindustrie und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, wobei diese Branchen von einer Handvoll multinationaler Konzerne dominiert werden (UBS, CS, Novartis, Roche, Nestlé). Wie verletzlich die Finanzinstitute sind, braucht angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. Doch auch die Pharmabranche könnte in näherer Zukunft einiges von ihrer hohen Profitabilität verlieren, wenn der Druck auf die Medikamentenpreise weiterhin zunimmt. Zudem hängt ihre Profitabilität an einer Patentregelung, die den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung diametral zuwiderläuft. Einzig Nestlé scheint solide aufgestellt. Entsprechend droht der Wirtschaftsstandort Schweiz zunehmend den Boden unter den Füßen zu verlieren, während in den luftigen Höhen der globalisierten Finanzwelt der Sauerstoff für die ›Masters of the Universe‹ dünner wird. Den bürgerlichen Eliten dieses Landes fehlen glaubhafte, zukunftsgerichtete Perspektiven, die über den Erhalt zweifelhafter Privilegien hinausweisen.

Steuerpolitik als Geschäftsmodell und Klebstoff

Warum aber führte diese Konstellation nicht zu mehr Konflikten zwischen den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums, insbesondere zwischen dem Grosskapital und dem Finanzplatz einerseits und den industriellen KMU andererseits? Zwar finden immer wieder Auseinan-

dersetzungen statt, bei denen diese Konfliktlinie erkennbar wird – etwa in der Auseinandersetzung um die exorbitanten Boni in der Finanzbranche, von denen sich Vertreter der KMU und des industriellen Bürgertums deutlich absetzen. Diese Konflikte haben bislang jedoch keine Sprengkraft entwickelt. Warum also wird in bürgerlichen Kreisen nicht heftiger um die Perspektiven der Schweiz gestritten?

Das ist im Wesentlichen der neoliberalen Offensive zu verdanken. Eine ihrer zentralen Aufgaben bestand eben gerade darin, mögliche Risse innerhalb des bürgerlichen Lagers zu kitten. In der Schweiz ist diese Offensive in besonderem Masse mit einer Steuerpolitik verknüpft worden, die auf die ›komparativen Vorteile‹ der Schweiz als Steueroase abstützt und dank besonders tiefer Steuersätze allen Unternehmen Vorteile bringen soll. Darin finden sich die unterschiedlichen Interessen der Grosskonzerne, der KMU und des Gewerbes wieder vereint. Dabei konnte das bürgerliche Lager an eine lange Tradition anknüpfen. Die Schweiz wird von bürgerlicher Seite seit Jahrzehnten als Steuerparadies positioniert. Die Angebote zur Steuerumgehung und Steuerhinterziehung sind Kernbausteine des Geschäftsmodells ›Schweiz AG‹ (Titel eines neoliberalen programmatischen Buches; Borner et al 1990). Zur ›Angebotspalette‹ gehören unter anderem das Steuerhinterziehungsgeheimnis (das in euphemistischer Weise mit dem Bankgeheimnis identifiziert wird), rekordtiefe Sätze in der Unternehmensbesteuerung und Konstrukte einer ›präferenziellen Steuerpolitik‹ (d.h. der Privilegierung bestimmter Gruppen) wie die Pauschalbesteuerung reicher AusländerInnen oder die rekordtiefen Steuersätze für Holdings (Briefkastenfirmen).

Beim Steuerwettbewerb handelt es sich um einen reinen »Nichtleistungswettbewerb« (Thielemann/Ulrich 2002). Da die verschiedenen Steueroasen in Konkurrenz zueinander stehen, unterliegt dieser Nichtleistungswettbewerb einem Steigerungsdruck. Die Steigerung der Nichtleistung weist zwangsläufig nach ›unten‹ hin bis zur Nullleistung, das heisst zur faktischen Steuerbefreiung. In der Praxis führt dies in immer abwegigere Gefilde. Die Rechtsgleichheit muss in immer neuen Formen der ›präferenziellen Behandlung‹ aufgebrochen werden, wie es beispielsweise in der Pauschalbesteuerung reicher AusländerInnen der Fall ist – was prompt zur Forderung von Ex-Bundesrat Blocher geführt hat, auch reiche Schweizer seien pauschal zu besteuern. Das aktuellste Beispiel dafür, in welche rechtspolitische Abgründe diese Politik führt, liefert der Kanton Nidwalden, der die Schaffung von Sonderbauzonen für Reiche beabsichtigt und damit eine neue Form offener Rechtsungleichheit einführen will, die der Logik einer monetären Apartheid entspricht.



Der Kanton Schwyz wiederum hat die Unternehmenssteuer in einer Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 von mageren 4 Prozent auf den nunmehr schon fast läppischen Satz von 2.25 Prozent gesenkt.¹ Nebenbei bemerkt: Von bürgerlicher Seite wird konsequent unterschlagen, dass all das nichts anderes darstellt als eine Form staatlicher Wirtschaftspolitik, die zu extremen ›Verzerrungen‹ der Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten führt, weil die Unternehmen nun unter höchst ungleichen Ausgangsbedingungen produzieren müssen. Solche ›Verzerrungen‹ werden sonst üblicherweise von Unternehmerseite vehement beklagt.

Die Option der ›Steuroase‹ steht nur Kleinstaaten offen. Sie geht nämlich nur dann auf, wenn die Verluste, die durch die tiefen Steuersätze anfallen, durch eine überproportional hohe Zahl von zuziehenden reichen Individuen und Unternehmen kompensiert wird. In grösseren Ländern können die dafür nötigen Proportionen nicht erreicht werden. Die Schweiz generiert ihre Vorteile also auf Kosten der ausländischen Bevölkerungen, die das durch Steuerflucht verloren gegangene ›Steuersubstrat‹ mit hohen Konsumsteuersätzen kompensieren müssen. Diese parasitäre Nischenpolitik wird von bürgerlicher Seite offen propagiert. In der Zeitschrift Volkswirtschaft, die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) herausgegeben wird, beschreiben Christoph Schaltegger (Geschäftsleitungsmitglied von Economiesuisse) und Boris Zürcher (Geschäftsleitungsmitglied von AvenirSuisse) das Ziel wie folgt: Die Schweiz müsse zur Ländergruppe gehören, die »im Verhältnis zum Angebot öffentlicher Dienstleistungen die tiefsten Steuersätze aufweist.« Sie kommen zur Einschätzung, dass die Schweiz auch in der Krise »gut positioniert« sei, und wenn es gelänge, die Fiskallast nicht »unnötig aufzublähen«, dann könne sie »vergleichsweise attraktiv« bleiben. Gerechtfertigt wird die parasitäre Politik mit der »Aufgabe« der Schweiz, den »ungeunden Steuerappetit« anderer Staaten zu zügeln (Schaltegger/Zürcher 2009).

In der gleichen Nummer der Volkswirtschaft lässt der freisinnige Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann, Präsident des wichtigsten Industrieverbandes der Schweiz, Swissmem (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie), keinen Zweifel daran aufkommen, auf welcher Seite auch er als Vertreter des Industriebürgertums in der Auseinandersetzung um die Steuerpolitik steht. Die Schweiz müsse gerade heute »Bollwerk gegen ausufernde staatliche Begehrlichkeiten und Bewahrer des schlanken Staates« bleiben. Allerdings bringt er im selben Artikel auch die Furcht vor möglichen Retorsionsmassnahmen anderer Staaten zum Aus-

druck. »Neue Quälereien der G20 brächten nur zusätzliche Belastungen.« Auf die Frage, wie denn im Dilemma zu operieren wäre – nämlich einerseits die »komparativen fiskalpolitischen Vorteile« auszunützen und andererseits die wichtigsten Handelspartner EU und USA bei Laune zu halten – geht Schneider-Amman nicht ein.

Den bürgerlichen Kreisen ist im Winter/Frühjahr 2009 ein politisches Bravourstück gelungen. In der Auseinandersetzung um das ›Bankgeheimnis‹ (besser: Steuerhinterziehungsgeheimnis) gelang es, scheinbar die ganze Schweiz hinter die Interessen der Banken und Vermögensverwalter zu scharen. Fast mochte es scheinen, als spiele die Schweiz wie weiland Wilhelm Tell eine Heldenrolle gegen den preussischen Steuervogt Steinbrück – und das, nachdem im Herbst das Bankenflaggschiff UBS noch mit einem gigantischen Rettungspaket vor dem Untergang hatte gerettet werden müssen und die Auseinandersetzung um die Boni den Lack des Schweizer Finanzplatzes zusätzlich lädiert hatte. Leider muss man konstatieren, dass dieses Bravourstück auf die gütige Hilfe eines Teils der institutionell eingebundenen Linken zählen konnte. Die sozialdemokratische Bundesrätin Calmy-Rey etwa erwies sich als entschlossene Verteidigerin des ›Bankgeheimnisses‹ und wurde dafür von bürgerlicher Seite mehrfach gelobt.

Die offizielle Schweiz ist jedoch von der Vehemenz, mit der die Schweizer Steuervermeidungspolitik international unter Beschuss geraten ist, überrascht worden. Staatliche Unterstützungs- und Rettungspakete rufen rund um den Globus einen beträchtlich gesteigerten Bedarf an Steuereinnahmen hervor. Der »Wettbewerb um mobile Steuerquellen komme deshalb den grossen Industrienationen ungelegen«, müssen auch Schaltegger/Zürcher konstatieren. Yves Otramare, Genfer Privatbankier und langjähriger Teilhaber von Lombard Odier & Cie, macht die nüchterne Feststellung, die Schweiz habe in früheren Jahren »auch deshalb von Wettbewerbsvorteilen profitieren können, weil das umliegende Europa ein Interesse daran hatte, ihr diese Vorteile zuzugestehen«. Im Klartext: Die ausländischen Unternehmen und die reichen Individuen profitierten gerne von der Schweizer Steueroase, und ausländische neoliberale Politiker begrüsst es, wenn sie die Steuerflucht als Druckmittel einsetzen konnten, um die Steuern für Reiche und Unternehmen zu senken. Doch nun stellt Otramare fest: »Das Bankgeheimnis ist vielleicht nicht mehr im Interesse der grossen Mächte« (Das Magazin 21/2009). Will heissen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise verschiebt die Prioritäten, der Bedarf an Steuermitteln erhält Vorrang gegenüber einer neoliberalen steuerpolitischen Umverteilungspolitik.

Gegenüber dem steigenden Druck des Auslandes bestand die Reak-



tion der offiziellen Schweiz bislang darin, die jeweils kleinstmöglichen Zugeständnisse zum jeweils letztmöglichen Zeitpunkt zu machen. Mit einer solchen Politik ist das Bürgertum in der Vergangenheit gut gefahren. Es bleibt abzuwarten, ob das auch in den aktuellen Konflikten der Fall sein wird. Jedenfalls drohen die Auseinandersetzungen um das Steuerhinterziehungsgeheimnis und die Steuertumpingpolitik zu einer ›unendlichen Geschichte‹ zu werden; kaum ist die eine Baustelle einigermaßen ›bereinigt‹ (z.B. die Situation der UBS in den USA oder die graue Liste der G20), öffnet sich bereits die nächste Baugrube (z.B. das Vorhaben der EU, die Steuerfragen in einem Gesamtvertrag statt in bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen zu regeln).

Wie auch immer: Die fiskalpolitischen Machtkämpfe mit den ausländischen Behörden werden von bürgerlicher Seite innenpolitisch dazu genutzt, die Minimalsteuerpolitik zu zementieren. Damit werden der Sozial- und Umweltpolitik einmal mehr hohe Schranken auferlegt. Hier schliesst sich erneut der Kreis zur bürgerlichen Ignoranz gegenüber umwelt-, industrie- und sozialpolitischen Anliegen. Die Politik der tiefen Steuern genießt uneingeschränkte Priorität gegenüber allen andern Anliegen. Damit geht aber auch weiterhin der Verzicht auf jede langfristig orientierte Entwicklungspolitik für dieses Land einher. Denn eine solche Politik lässt sich ohne öffentliche Finanzen nicht in Gang setzen. Eine Neuorientierung der Schweizer Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und auf umweltfreundliche Technologien würde auf mittlere Fristen ausgerichtete Investitionen erfordern, wie sie unter heutigen Bedingungen nur noch durch staatliche Trägerschaften erfolgen können.² Deshalb ist die Schweiz gefangen in der Logik eines Bürgertums, das nicht über den eigenen Schatten springen kann, ohne die innere Kohärenz preiszugeben.

Die Schweiz auf die Füße stellen

Unter diesen Umständen darf sich die Linke dieses Landes nicht darauf beschränken, ökologische und soziale ›Fehlentwicklungen‹ korrigieren zu wollen, ansonsten aber die Führungsrolle des ›Marktes‹ und damit des Bürgertums zu akzeptieren. Eine solche Beschränkung führt unweigerlich dazu, dass sie sich in kritischen Situationen am Rockzipfel der herrschenden Klassen wiederfindet. Die Linke muss vielmehr eine steuerpolitische Wende einfordern. Das ist der unerlässliche Angelpunkt dafür, dass eine eigenständige Sozial-, Wirtschafts- und Standortpolitik glaubhaft artikuliert und in konkrete politische Projekte übertragen werden kann. Die Thesen der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie vom Mai 2009 (›Für eine Schweiz ohne Beihilfe zur Steuerhinterziehung‹, Seite 41), zielen in diese Richtung.

Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise geht es dabei auch um eine grundlegende Neuorientierung. Die vielfältigen Krisen der Gegenwart (Finanzmärkte, Wirtschaft, Werte, Klima, Hunger, neue Kriegsgefahren) sind Ausdruck einer einzigen, tiefer liegenden Krise. Zur Disposition steht eine Gesellschaftsformation, deren Logik darin besteht, die massgebenden investitionsfähigen gesellschaftlichen Ressourcen in privaten Händen zu akkumulieren und ihre Verwendung an den privaten Gewinninteressen auszurichten. Es ist diese (kapitalistische) Logik, die die verschiedenen Krisen (mit)verursacht, verstärkt und verstetigt. Jede dieser Krisen bringt dabei besondere Aspekte zum Vorschein. Die Finanzkrise ist Ausdruck davon, dass seit Ende der 1970er-Jahre ein chronischer Überfluss an privat akkumuliertem Kapital besteht. Die Möglichkeiten, Profit bringend in reale Wirtschaftstätigkeiten zu investieren, sind geringer als die Summe der akkumulierten Kapitalien. Die überflüssigen Geldmengen fliessen deshalb in die Finanzmärkte. Diese Finanzmärkte wiederum verstärken zusätzlich den Überfluss, in dem sie aus ›wenig‹ Kapital mehr Kapital schaffen (Leveraging). Kapital will aber verzinst werden, und weil die geforderten Renditen letztlich immer eine realwirtschaftliche Grundlage benötigen, kollabieren die Finanzmarktblasen in regelmässigen Abständen. Diese Dynamik nimmt seit 30 Jahren zu und gefährdet mittlerweile das Funktionieren der gesamten Weltwirtschaft. Umweltkrise, Hunger und soziale Verwerfungen wiederum sind Ausdruck davon, dass die gewinnorientierte Steuerung der realen Investitionen in zunehmende Konflikte mit dem Bedarf der Einzelnen und der Gemeinschaften gerät. Die Interessen der Erdöl- und Autolobby etwa kollidieren fundamental mit den Erfordernissen des Klimaschutzes.

So sehr für die bürgerlichen Kreise eine restriktive Steuer- und Fiskalpolitik Dreh- und Angelpunkt ihrer Strategie für die ›Schweiz AG‹ ist, so zentral ist es für die Linke, sich diesem Diktat zu widersetzen. Gesellschaftliche Fortschritte sind nur möglich, wenn die Maximierung der privaten Geld(ab)schöpfung als ökonomische Leitspur zurückgedrängt und durch die Ausrichtung auf eine optimale Nutzenschöpfung abgelöst werden kann. Das wiederum ist nur möglich, wenn die privat akkumulierten Ressourcen in bedeutendem Massstab für die Gesellschaft zurückgewonnen werden. Das neoliberale Akkumulationsmodell, das darauf abzielt, einen ständig wachsenden Anteil am gesellschaftlichen Reichtum in den Händen privater Kapitaleigner zu lenken, muss ersetzt werden durch ein neues Akkumulationsmodell, das genau in die gegenteilige Richtung zielt: Ein wachsender Teil der gesellschaftlichen Ressourcen muss der demokratischen Kontrolle durch die Gesellschaft



zugeführt werden. Ein zentrales Mittel dafür sind jene Steuerformen, die mit einem Rückverteilungseffekt verbunden sind (progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, Unternehmens- und Kapitalgewinnsteuern). Von bürgerlicher Seite werden sie als unerwünschte ›Umverteilung‹ bezeichnet, die die ›Leistungsbereitschaft‹ der ›Leistungsträger‹ beeinträchtigt. Der Linken wird vorgeworfen, sie wolle via Staat Gelder verteilen, ohne sich überhaupt darum zu kümmern, dass »jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann« (CVP-Präsident Christophe Darbeley). Demgegenüber gilt es festzuhalten, dass jeder Franken zuerst erarbeitet werden muss, bevor er ›verdient‹ werden kann. Individuelle Grosseinkommen, die höher liegen als ein Jahresverdienst in der Grössenordnung von netto vielleicht 200'000 Franken, sind nicht das Ergebnis eigener Arbeit, sondern werden andern Menschen ›abgezockt‹. Unternehmensgewinne sind ebenfalls das Ergebnis der konkreten Arbeit von konkreten Personen. Sie stellen mithin eine Form der Enteignung dar. Vor diesem Hintergrund muss man sich mal folgende Zahlen auf der Zunge vergehen lassen. Alleine die beiden Grossbanken UBS und CS haben in den Jahren 2005 und 2006 je über zehn Milliarden Franken an Boni ausbezahlt und gleichzeitig Gewinne in derselben Grössenordnung eingestrichen. Diese Gewinne und Boni eines einzigen Jahres entsprechen etwa einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts der Slowakei (5.3 Mio Einwohner) oder dem gesamten Bruttoinlandsprodukt Äthiopiens (77.2 Mio Einwohner).

Steuern mit ›Umverteilungseffekt‹ sind keine Umverteilung, sondern eine Rückverteilung. Unternehmens- und Reichensteuern sind ebenso notwendig wie gerechtfertigt. Eine wirksame, den Geboten der Nachhaltigkeit und der Solidarität entsprechende gesellschaftliche Wende setzt voraus, dass der öffentlichen Hand in der Schweiz jedes Jahr neue Mittel in einer zweistelligen Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Solche Mehreinnahmen sind realistisch, erfordern jedoch eine klare Abkehr von einer Politik der komparativen Steuervorteile. Das Denknetz hat dazu ein Projekt gestartet, mit dem die konkreten Spielräume einer rückverteilungsorientierten Steuerpolitik in der Schweiz ermittelt werden sollen. Erste Ergebnisse dieses Projektes sind in einigen Monaten zu erwarten.

Anmerkungen

- 1 Der effektive Steuersatz auf Unternehmensgewinnen beträgt auf Bundesebene 7.83 Prozent. Gemeinden können ebenfalls Gewinnsteuern erheben. Die gesamte Steuerbelastung eines Unternehmens bewegt sich in einer Reihe von Schweizer Kantonen in der Grössenordnung von 10 Prozent. Man beachte die enorme Abweichung zu den Steuersätzen etwa in Frankreich (34.5%) oder den USA (35%). Selbst im Unternehmer-Eldorado Irland liegt der Satz bei 12.5 Prozent (Krauss 2009, S. 50)
- 2 Ein Beispiel: Die erfolgreiche Lancierung von elektrischen Leichtmobilen wie dem an der ETH Zürich entwickelten Twike würde einen Investitionsbedarf von einigen hundert Millionen Franken erfordern. Dies entspricht der Grössenordnung, die Mercedes Benz für die Lancierung des Swatchmobiles Smart aufgewendet hat. Mit diesem Betrag könnte ein Produkt lanciert werden, das in der Anschaffung und im Unterhalt wesentlich günstiger wäre als herkömmliche Autos. Die Autoindustrie ist jedoch nicht an solchen Produkten interessiert, und für die übrige Privatwirtschaft sind die erforderlichen Investitionen zu hoch.

Literatur

- Borner, Silvio, Aymo Brunetti, Thomas Straubhaar (1990): Schweiz AG – Vom Sonderfall zum Sanierungsfall? Zürich.
- Diem Meier, Markus (2005): Was heisst hier liberal? Zürich.
- Eidgenössisches Finanzdepartement EFD: Öffentliche Finanzen 2009. Taschenstatistik. Bern.
- Erklärung von Bern EvB: Ein Elefant im Wohnzimmer. Dokumentation zum Thema Steueroasen und Entwicklungsländer. Zürich, November 2008.
- Huffs Schmid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg.
- Kohonen, Matti und Francine Mestrum (Hsg) (2009): Tax Justice – Putting Global Inequality on the Agenda. London.
- Krauss, Astrid: Unternehmensbesteuerung – Gibt es nationalstaatliche Handlungsspielräume? In: Proka Nr.1/2009, Münster.
- Maise, Felix: Gegen UVEK, WWF, Greenpeace. Tages-Anzeiger vom 21.8.2000
- Parma, Viktor und Werner Vontobel (2009): Schurkenstaat Schweiz? München.
- Ringger, Beat: Die Mobilitätswende – Eine radikale Umweltpolitik tut not. In: Widerspruch 54/2008, Zürich.
- Ringger, Beat: Die Demokratische Bedarfswirtschaft. In: Zukunft der Demokratie, 2008, Zürich.
- Ringger, Beat: Vom Wechslen der Räder am gestoppten Zug. In: Wochenzeitung vom 4.12.2008.
- Schaltegger, Christoph und Boris Zürcher: Zwischen Wettbewerb und Harmonisierung: Schweizer Steuerpolitik im internationalen Rahmen. In: Die Volkswirtschaft 6/2009, Bern.
- Schneider-Ammann, Johann N.: Bankkundengeheimnis und Steueroasen. In: Die Volkswirtschaft 6/2009, Bern.
- Thielemann, Ulrich und Peter Ulrich: Grundsätze fairen Steuerwettbewerbs – Wider den Steuernichtleistungswettbewerb. In: NZZ, 22.12.2001